



AfD – Alternative für Deutschland

Im Stadtgebiet sollte es mehr überdachte Treffpunkte für Jugendliche geben. NEIN

Mehr überdachte Treffpunkte für Jugendliche sind nicht dringend nötig, da bestehende Jugendzentren und Parks bereits gute Optionen bieten. Offene Räume fördern Eigeninitiative und Verantwortung, statt staatlicher Betreuung rund um die Uhr. Wichtiger sind klare Regeln gegen Vandalismus und Gruppenunruhen

Das Nordbad sollte für Kinder und Jugendliche günstiger und in den Ferien kostenfrei sein. JA, aber nicht finanzierbar

Das Nordbad sollte für Kinder und Jugendliche günstiger bzw. in den Ferien kostenfrei sein, um allen Familien faire Zugänge zu Sport und Erholung zu ermöglichen. Dies würde soziale Teilhabe fördern und die Gesundheit der jüngeren Generation nachhaltig stärken, insbesondere in Zeiten hoher Lebenshaltungskosten. Die Frage der Zukunft bleibt jedoch, ob die Stadt dieses Angebot angesichts der jahrelang aufgebauten finanziellen Schieflage überhaupt halten kann.

Das Mindestalter bei Kommunalwahlen sollte auf 16 Jahre gesenkt werden. NEIN

"Als Grundgesetzbildende Partei setzen wir uns entschieden für den Erhalt des Grundgesetzes in seiner jetzigen Form ein. Dazu gehört das Wahlalter von 18 Jahren, das im Grundgesetz verankert ist und verantwortbare politische Entscheidungen sicherstellt. Das Grundgesetz bildet den unantastbaren Grundpfeiler der deutschen Demokratie, den wir gegen jede Veränderung verteidigen."

Darmstadt sollte zusätzliche Geflüchtete aufnehmen. (Auf die Zuteilung von Geflüchteten haben Kommunen keinen direkten Einfluss. Sie können aber z. B. über die Initiative Sichere Häfen zusätzlich Menschen aufnehmen.) NEIN

Schon jetzt leben über 7.000 Geflüchtete hier, was Unterkünfte, Schulen, soziale Dienste und Bürger an ihre Grenzen bringt. Eine weitere Aufnahme würde die Stadt finanziell und organisatorisch überfordern. Ganz im Gegenteil fordern wir, dass das Wort Asyl endlich wieder ernst genommen, geltendes Recht konsequent durchgesetzt und die Remigration von nicht bleibeberechtigten Personen endlich eingeleitet wird.

In öffentlichen Einrichtungen sollte es auch für nicht binäre Personen Toilette geben. (Menschen, die sich nicht in die binäre Trennung von „männlich“ und „weiblich“ einordnen) NEIN

Die AfD Darmstadt lehnt nicht-binäre Toiletten in öffentlichen Einrichtungen strikt ab. Solche Maßnahmen sind ideologisch motiviert und keine Aufgabe der Kommune. Sie gefährden die Sicherheit und Privatsphäre von Frauen und Mädchen, indem sie klare Trennungen aufheben. Darmstadt muss auf traditionelle Geschlechtertrennungen setzen, statt Gender-Ideologie zu finanzieren

Der Klimaschutz sollte bei kommunalpolitischen Entscheidungen eine größere Bedeutung haben als wirtschaftliche Erwägungen. NEIN

Wirtschaftliche Erwägungen müssen in Darmstadt immer Vorrang vor Klimaschutz haben, denn diesen kann man sich nur leisten, wenn die Finanzen stimmen. Schulden für Klimaprojekte sind keine Option, schon gar nicht bei unserer hohen Verschuldung. Darmstadt braucht rentable Lösungen, keine ideologischen Belastungen



Wissenschaftsstadt
Darmstadt



U18 Kommunalwahl Darmstadt